



/ Re-Embedding Finance: „Demokratische Fonds“ als Hebel für nachhaltige und solidarische Wirtschaft

Mads R. Hansen*

Zusammenfassung

*Demokratische Fonds bieten ein neuartiges Instrument zur Integration nicht-pekuniärer Erträge – wie ökologische Nachhaltigkeit, soziale Kohäsion oder kulturelle Teilhabe – in Investitionsentscheidungen. Sie reagieren auf strukturelles Marktversagen und eröffnen Wege zur Demokratisierung von Kapitalallokation. Durch ein tokenbasiertes System erhalten Bürger*innen gleichberechtigte Mitbestimmungsrechte über öffentliche Investitionen. Der Beitrag entwickelt ein institutionelles Design, das Elemente von Sovereign Wealth Funds, Crowdfunding und Liquid Democracy verbindet. Demokratische Fonds ermöglichen so eine wertebasierte, partizipative Steuerung wirtschaftlicher Ressourcen und fördern gesellschaftliche Teilhabe, makroökonomische Stabilität und die sozial-ökologische Transformation.*

Schlagwörter: Demokratische Investitionen, Nicht-pekuniäre Erträge, Kapitalallokation, Sozial-ökologische Transformation, Bürger*innenbeteiligung

Re-Embedding Finance: Democratic Funds as a Lever for a Sustainable and Solidary Economy

Abstract

Democratic Funds offer an institutional model to integrate non-pecuniary returns—such as ecological sustainability, social cohesion, or cultural value—into investment decisions. They respond to structural market failure and open new paths to democratize capital allocation. Through a token-based system, citizens gain equal rights to influence public investments. This article develops a design combining elements of sovereign wealth funds, crowdfunding, and liquid democracy. Democratic Funds enable value-based and participatory governance of economic resources, fostering social inclusion, macroeconomic stability, and socio-ecological transformation.

Keywords: Democratic investment, Non-pecuniary returns, Capital allocation, Socio-ecological transformation, Citizen participation



* Mads R. Hansen, Technische Universität Compiègne, Frankreich, <https://orcid.org/0000-0001-9098-4346>, mads.hansen@utc.fr
Danksagungen: Ich danke Natalia I. Molina für unzählige Diskussionen und den daraus hervorgegangenen englischsprachigen Artikel. Außerdem danke ich dem Arbeitskreis Demokratische Wirtschaft des Forums Neue Politik der Arbeit, sowie den Gutachter*innen für ihr Feedback, das zu dieser erweiterten deutschsprachigen Version führte.

Finanzierung: Dieses Projekt wurde durch das Forschungs- und Innovationsprogramm Horizont 2020 der Europäischen Union unter dem Namen „Economic Policies for the Global bifurcation - Doctoral Network“ (EPOG-DN), Grant Agreement No. 101120127, gefördert.

Interessenkonflikte: Finanziert von der Europäischen Union. Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die der Europäischen Union oder des Forschungs- und Innovationsprogramms Horizont 2020 der Europäischen Union wider. Weder die Europäische Union noch die Bewilligungsbehörde können für sie verantwortlich gemacht werden.



1. Einleitung

Die gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisen – von wachsender sozialer Ungleichheit über die Klimakrise bis hin zu einem zunehmenden Vertrauensverlust in demokratische Institutionen – verdeutlichen die strukturellen Defizite bestehender Wirtschaftssysteme. Im Mittelpunkt dieser Krisen steht die Frage nach der Nutzung und Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen. Kapitalistische Märkte orientieren sich bei Investitionsentscheidungen primär an pekuniären Erträgen, während nicht-pekuniäre Investitionserträge (NPRI), wie gesellschaftliche oder ökologische Gebrauchswerte, weitgehend unberücksichtigt bleiben (Stiglitz 1989; Mazzucato 2018). Diese Vernachlässigung führt zu einer systematischen Fehlallokation von Kapital, die klimaschädliche Industrien überfinanziert, während gesellschaftlich notwendige Innovationen unterfinanziert bleiben (Jackson 2009; IPCC 2023).

Die politische Ökonomie steht damit vor einer zentralen Herausforderung: Wie kann gesellschaftliches Wissen so organisiert werden, dass es in kollektiven Entscheidungen Berücksichtigung findet? Diese Frage ist nicht neu. Bereits in der sogenannten Planungsdebatte der Zwischenkriegszeit standen sich unterschiedliche Perspektiven gegenüber, wie wirtschaftliche Effizienz und gesellschaftliche Wohlfahrt zu vereinen seien. Für diesen Beitrag ist die Debatte zwischen Ludwig von Mises und Karl Polanyi besonders relevant und wird daher in den folgenden Absätzen grob nachgezeichnet.

Mises (Mises 1920) argumentierte, dass eine rationale Wirtschaftsrechnung ohne Marktpreise unmöglich sei. Preise seien essenziell, um Knappheit abzubilden und Ressourcen effizient zuzuteilen. Der Markt fungiere als einziger Mechanismus zur Aggregation dezentral verstreuten Wissens. Friedrich Hayek (Hayek 1945) führte dieses Argument weiter und betonte, dass Märkte durch Preissignale auch implizites Wissen effektiv koordinieren könnten.

Polanyi hingegen kritisierte diese enge Sichtweise (Polanyi 1924). Er argumentierte, dass Märkte lediglich monetarisierbare Informationen abbilden und somit zentrale gesellschaftliche Werte systematisch ausblenden. Polanyi unterschied zwischen dem „externen Überblick“ – aggregierten Daten über Produktion und Konsum – und dem „internen Überblick“, der qualitative Dimensionen, wie Bedürfnisse, Belastungen und emotionale Zustände der Menschen, berücksichtigt.

Diese Perspektive erweiterte die Debatte um eine ethische Dimension und hinterfragte die Neutralität von Marktmechanismen (Rief 2023). Für Polanyi war es essenziell, dass wirtschaftliche Steuerung nicht allein auf abstrakte Daten und Preise reduziert wird. Vielmehr muss ein funktionierendes Wirtschaftssystem die sozialen Dimensionen der Produktion und Konsumtion berücksichtigen.

Während die neoliberalen Theorien auf Mises und Hayeks Überlegungen aufbauten und den Markt als effizientesten Koordinationsmechanismus etablierte, waren sie gezwungen, offensichtliche Lücken durch die Konzepte von „Externalitäten“ und „Marktversagen“ zu korrigieren (Pigou 1920; Coase 1960). Doch auch diese Ansätze blieben innerhalb der Marktlogik verhaftet und scheiterten oft daran, nicht-pekuniäre Werte adäquat zu integrieren (Sandel 2012).

Die Klimakrise und die wachsende soziale Ungleichheit machen die Grenzen dieser markt- und preiszentrierten Steuerungsmodelle deutlich. Werden ausschließlich Informationen des äußeren Überblicks, welche durch Marktinteraktionen offengelegt wurden, in Allokationsentscheidungen berücksichtigt, bleiben relevante Bereiche der menschlichen Existenz in ihrer ökologischen Einbettung unberücksichtigt. Es bedarf neuer institutioneller Arrangements, die nicht-pekuniäre Investitionserträge explizit in Entscheidungsprozesse integrieren und so eine gerechtere und nachhaltigere Kapitalallokation ermöglichen.

Ein Ansatz, der dieses Ziel verfolgt, sind Demokratische Fonds. Sie erweitern den Investitionsraum über marktbasierende Koordinationsmechanismen hinaus und ermöglichen es Bürger*innen, direkt über Kapitalflüsse mitzuzentscheiden. Durch die explizite Berücksichtigung von nicht-pekuniären Investitionserträgen werden Demokratische Fonds zu einem Instrument der gesellschaftlichen Re-Integration wirtschaftlicher Prozesse – eine Forderung, die bereits Polanyi mit seiner Idee des „Re-Embedding“ der Wirtschaft in soziale Strukturen formulierte (Polanyi 1944/2019).

Der vorliegende Beitrag entwickelt das Konzept Demokratischer Fonds als Alternative und/oder Ergänzung zu marktbasierenden Kapitalallokationssystemen. Aufbauend auf der Kritik Polanyis und aktueller wirtschaftspolitischer Debatten wird untersucht, wie demokratische Institutionen so gestaltet werden können, dass sie sowohl wirtschaftliche Effizienz als auch soziale und ökologische Gerechtigkeit fördern. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Bürger*innen aktiv in Investitionsentscheidungen eingebunden werden



können und welche institutionellen Strukturen hierfür erforderlich sind.

Der Rest des Beitrags ist in vier Abschnitte gegliedert: Der zweite Abschnitt beleuchtet die strukturellen Defizite kapitalistischer Märkte, insbesondere ihre Unfähigkeit, nicht-pekuniäre Investitionserträge systematisch zu berücksichtigen. Es werden bestehende Modelle wie ESG-Investments, CO₂-Bepreisung und Impact Investing kritisch diskutiert und ihre Grenzen aufgezeigt. Im dritten Abschnitt werden zentrale institutionelle Elemente vorgestellt, die als Vorbild für Demokratische Fonds dienen können. Anhand bestehender Konzepte – wie Sovereign Wealth Funds, Crowdfunding, betrieblicher Mitbestimmung und Liquid Democracy – wird skizziert, wie demokratische Fonds aufgebaut werden könnten. Der vierte Abschnitt entwickelt folglich ein institutionelles Design Demokratischer Fonds. Hier werden die zentralen Mechanismen der Kapitalallokation, die Rolle der Bürger*innen, Anreizsysteme sowie Kontroll- und Transparenzmechanismen beschrieben. Zudem wird diskutiert, wie demokratische Fonds makroökonomische Stabilität fördern und gleichzeitig soziale und ökologische Ziele stärken können. Im fünften Abschnitt werden die möglichen gesellschaftlichen Auswirkungen Demokratischer Fonds untersucht. Dabei stehen Chancen wie die Demokratisierung von Kapitalströmen, die Förderung der sozial-ökologischen Transformation und die Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe im Fokus. Gleichzeitig werden Risiken und Herausforderungen identifiziert, die mit der Umsetzung Demokratischer Fonds einhergehen könnten. Abschließend werden offene Forschungsfragen benannt und potenzielle Ansätze zur Weiterentwicklung des Konzepts skizziert. Zudem wird diskutiert, wie Pilotprojekte initiiert werden könnten und welche Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Implementierung notwendig wären.

2. Warum Demokratische Fonds?

Kapitalistische Märkte gelten seit Jahrzehnten als die effizientesten Mechanismen zur Allokation von Ressourcen, und wirken, spätestens seit dem Fall der Sowjetunion, alternativlos. Immer weitere Teile menschlichen Lebens und ihrer Umwelt werden folglich marktlichen Logiken unterworfen. Gleichzeitig zeigen sich jedoch wiederkehrend strukturelle Schwächen dieses Systems – von der globalen Finanzkrise 2008 über die eskalierende Klimakrise bis hin zur global wachsenden sozialen Ungleichheit. Im Zentrum

dieser Krisen steht ein systematisches Marktversagen: Kapitalistische Institutionen orientieren sich primär an finanziellen Renditen und vernachlässigen dabei gesellschaftliche und ökologische Effekte, die sich nicht oder nur schwer in Marktpreisen abbilden lassen (Kapp 1978; Stiglitz 2010; Daly/Farley 2011: 261). Dies entspricht genau Polanyis Kritik an Märkten als Informationssystemen: Während Marktmechanismen ausschließlich monetarisierbare Informationen verarbeiten, bleiben qualitative Aspekte – etwa Umweltfolgen oder soziale Inklusion – unbeachtet. Dies führt nicht nur zu systematischer Unterfinanzierung gesellschaftlich relevanter Investitionen, sondern auch zu einem verzerrten Verständnis wirtschaftlicher Effizienz. Demokratische Fonds setzen hier an, indem sie neue Entscheidungsmechanismen einführen, die es ermöglichen, sowohl den externen Überblick (z. B. ökonomische Indikatoren) als auch den internen Überblick (persönliche Bedürfnisse und Bewertungen) in Investitionsentscheidungen zu integrieren. Diese sogenannten nicht-pekuniären Investitionserträge (NPRI) umfassen unter anderem Umweltstabilität, soziale Kohäsion, Bildung oder kulturelle Vielfalt – Werte, die zwar von hoher gesellschaftlicher Relevanz sind, von uns allen täglich erfahren werden, aber im kapitalistischen Marktlogiksystem regelmäßig unterbewertet bleiben. Der daraus resultierende Effekt ist eine Fehlallokation gesellschaftlicher Ressourcen: Investitionen fließen verstärkt in hochprofitable, aber häufig sozial oder ökologisch schädliche Bereiche, während zukunftsweisende Projekte mit gesellschaftlichem Mehrwert mangels kurzfristiger Renditeerwartungen unterfinanziert bleiben.

2.1. Bestehende Investitionsmodelle und ihre Grenzen

Um diese strukturellen Defizite kapitalistischer Märkte zu adressieren, wurden in den letzten Jahrzehnten verschiedene Ansätze entwickelt, die versuchen, sogenannte „externe Effekte“ in Investitionsentscheidungen zu integrieren. Dazu gehören Umwelt- und Sozialstandards (ESG-Kriterien), marktorientierte Mechanismen wie CO₂-Bepreisung und Emissionshandel, Formen des Impact Investing oder staatliche Förderprogramme. Trotz ihrer guten Intentionen bleiben diese Instrumente jedoch innerhalb der Marktlogik verhaftet und stoßen an scheinbar unüberwindliche systemische Grenzen.

Ein prominentes Beispiel sind ESG-Kriterien (Environmental, Social, Governance), die Unternehmen hinsichtlich ihrer ökologischen und sozialen Ver-

antwortung bewerten sollen. Ziel ist es, Investor*innen Anhaltspunkte zu geben, welche Unternehmen nachhaltig wirtschaften und somit langfristig stabilere Renditen erwirtschaften könnten (Eccles/Serafeim 2013). Allerdings zeigen Studien, dass ESG-Ratings häufig unzureichend sind: Unternehmen betreiben gezielt „Greenwashing“, um positive Bewertungen zu erhalten, ohne tiefgreifende Veränderungen vorzunehmen (Chatterji et al. 2009). Zudem unterscheiden sich die Bewertungskriterien der verschiedenen Ratingagenturen erheblich, was die Vergleichbarkeit erschwert (Berg et al. 2022). Da ESG-Bewertungen letztlich renditegetrieben bleiben, besteht zudem die Gefahr, dass sie primär als Marketinginstrument genutzt werden, ohne tatsächlich ökologische oder soziale Wirkungen zu entfalten (Kotsantonis/Serafeim 2019)

Ähnliche Schwächen zeigen sich bei marktbasiereten Ansätzen wie der CO₂-Bepreisung und dem Emissionshandel. Diese Mechanismen verfolgen das Ziel, den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren, indem sie Unternehmen zur Zahlung eines Preises pro emittierter Tonne CO₂ verpflichten. Unternehmen sollen so Anreize erhalten, Emissionen zu verringern und klimafreundliche Technologien zu fördern. In der Praxis jedoch hat sich gezeigt, dass diese Instrumente anfällig für Preisschwankungen und politische Einflussnahme sind. Schwankende CO₂-Preise untergraben langfristige Investitionsentscheidungen, und Kompensationsmechanismen erlauben es Unternehmen oft, Emissionen lediglich auf dem Papier zu reduzieren (Bachram 2004; Stavins 2008). Hinzu kommt, dass CO₂-Bepreisungen tendenziell einkommensschwache Haushalte überproportional belasten, was soziale Spannungen verschärfen kann (Bento et al. 2009)

Auch Impact Investing und der Ansatz des Social Return on Investment (SROI), die gezielt Projekte mit sozialem oder ökologischem Mehrwert fördern wollen, stoßen auf strukturelle Hindernisse. Zwar haben sie das Ziel, den gesellschaftlichen Nutzen von Investitionen zu erhöhen, doch zeigt sich in der Praxis ein „Messbarkeitsdilemma“: Viele soziale oder ökologische Effekte lassen sich schwer quantifizieren und werden deshalb bei Investitionsentscheidungen vernachlässigt. Zudem stehen auch Impact-Investoren häufig unter Renditedruck, was dazu führt, dass besonders risikoreiche, aber gesellschaftlich wertvolle Projekte keine Finanzierung erhalten (Höchstädter/Scheck 2015).

Staatliche Förderinstitutionen wie die Europäische Investitionsbank (EIB) oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), Sondervermögen und

Transformationsfonds spielen eine wichtige Rolle bei der Finanzierung sozialer und ökologischer Projekte. Dennoch sind auch hier strukturelle Schwächen offensichtlich: Komplexe Antragsverfahren, bürokratische Hürden und politische Einflussnahmen behindern eine zielgerichtete, stabile und effiziente Kapitalallokation (Mazzucato/Penna 2016). Staatliche Förderbanken orientieren sich zudem häufig an Wirtschaftlichkeitskriterien und vernachlässigen schwer quantifizierbare gesellschaftliche Effekte (Rodrik 2004).

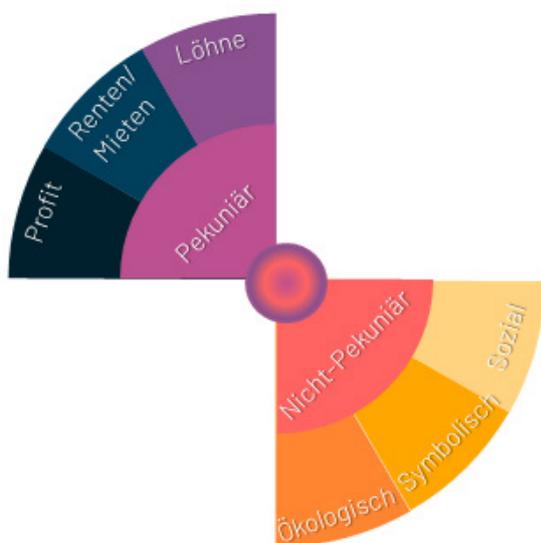
Zusammenfassend lässt sich festhalten: Alle bestehenden Ansätze versuchen zwar, Marktversagen zu korrigieren und „externe Effekte“ in Investitionsentscheidungen zu integrieren, doch sie bleiben in den bestehenden Logiken verhaftet. Letztlich bleibt der Fokus auf monetär bewertbaren Effekten dominant, während qualitative, langfristige oder schwer quantifizierbare gesellschaftliche Werte systematisch unterfinanziert bleiben.

2.2. Warum Demokratische Fonds eine Alternative bieten

Demokratische Fonds bieten einen radikalen Perspektivwechsel: Sie lösen sich von der Logik marktbasierter Koordinationsmechanismen und erweitern die Möglichkeiten der Kapitalallokation durch direkte demokratische Mitbestimmung. Das zentrale Ziel ist es, Kapitalströme nicht primär auf Grundlage erwarteter finanzieller Erträge zu lenken, sondern kollektive Präferenzen in Investitionsentscheidungen zu integrieren. Damit schaffen sie eine institutionelle Struktur, die nicht-pekuniäre Investitionserträge (NPRI) systematisch berücksichtigt und der Gesellschaft ermöglicht, gezielt Projekte mit sozialem, ökologischem oder kulturellem Mehrwert zu fördern.

Ein zentrales Merkmal Demokratischer Fonds ist die Beteiligung der Bürger*innen an der Kapitalallokation. Statt institutionellen Anlegern oder staatlichen Behörden wird den Bürger*innen die Entscheidungsmacht darüber gegeben, welche Projekte finanziert werden. Hierzu erhalten alle Bürger*innen ein festgelegtes Kontingent an Investitions-Token, die sie gemäß ihren Bedürfnissen und Erfahrungen auf verschiedene Teilfonds verteilen können. Die Token sind nicht an persönliche Vermögenswerte gekoppelt – jede*r Bürger*in hat die gleiche Stimmkraft, unabhängig vom eigenen Einkommen oder Vermögen. Dieses System eröffnet die Möglichkeit, Kapitalströme gezielt in gesellschaftlich gewünschte Bereiche zu

Abbildung 1 Beispielhafte Schnitte Pekuniärer und Nicht-pekuniärer Investitionserträge



Quelle: eigene Darstellung

lenken, ohne an kurzfristige Renditeinteressen gebunden zu sein.

Ein weiteres zentrales Element Demokratischer Fonds ist die Integration nicht-pekuniärer Erträge. Während klassische Finanzsysteme vor allem auf monetäre Gewinne abzielen, bewerten Demokratische Fonds auch soziale, ökologische und kulturelle Auswirkungen. Projekte, die beispielsweise lokale Gemeinschaften stärken, Bildungszugänge verbessern oder die Klimakrise abmildern, können genauso gefördert werden wie solche mit finanziellen Renditen. Der demokratische Entscheidungsprozess ermöglicht es den Bürger*innen, Projekte nach ihren eigenen Werten und Präferenzen zu priorisieren. Ein bedeutendes Potenzial Demokratischer Fonds liegt zudem in ihrer Fähigkeit zur makroökonomischen Steuerung und Krisenresilienz. Während kapitalistische Märkte konjunkturelle Schwankungen häufig verstärken und in Krisenzeiten Investitionen zurückhalten, können Demokratische Fonds gezielt antizyklisch agieren. In wirtschaftlichen Abschwungphasen können sie durch gezielte Investitionen Nachfrage und Beschäftigung stabilisieren, während sie in Boomphasen übermäßige Wachstumsdynamiken dämpfen können. Ähnliche Ansätze finden sich in Konzepten wie der „National Investment Authority“ (Omarova 2020, 2022), die staatlich gelenkte Investitionen als makroökonomisches Steuerungsinstrument begreift. Demokratische Fonds erweitern dieses Konzept um eine dezentrale, bürgerorientierte Dimension.

Schließlich fördern Demokratische Fonds die soziale und ökologische Transformation. Indem sie Investitionen nicht primär nach kurzfristigen Renditeerwartungen, sondern nach gesellschaftlichen Bedürfnissen ausrichten, eröffnen sie neue Handlungsspielräume für Projekte, die im klassischen Finanzsystem unterfinanziert bleiben. Das Spektrum reicht von lokalen Infrastrukturprojekten über erneuerbare Energien und solidarische Landwirtschaft bis hin zu sozialen Start-ups oder kulturellen Einrichtungen.

Bestehende Investitionsmodelle – von ESG-Kriterien über Impact Investing bis hin zu staatlichen Förderprogrammen – versuchen zwar, soziale und ökologische Ziele in Investitionsentscheidungen zu integrieren, bleiben jedoch innerhalb der Marktlogik verhaftet und stoßen daher an systemische Grenzen. Demokratische Fonds bieten eine Alternative, indem sie Bürger*innen direkte Mitbestimmungsrechte über Kapitalströme geben und nicht-pekuniäre Erträge systematisch in die Allokationsmechanismen einbinden. Sie eröffnen neue Möglichkeiten der sozial-ökologischen Transformation, makroökonomischen Stabilisierung und gesellschaftlichen Teilhabe.

3. Bausteine Demokratischer Fonds

Das Konzept der Demokratischen Fonds beruht auf bereits existierenden Mechanismen der Kapitalallokation, kombiniert diese jedoch mit demokratischen Steuerungsprozessen, um eine nachhaltigere, gerechtere und partizipativere Investitionsstrategie zu ermöglichen. Durch die gezielte Integration demokratischer Entscheidungsmechanismen werden bestehende strukturelle Defizite der Finanzmärkte adressiert und eine breitere gesellschaftliche Teilhabe an Kapitalströmen ermöglicht.

Sovereign Wealth Funds (SWF), Crowdfunding, betriebliche Mitbestimmung und Liquid Democracy sind vier zentrale Bausteine, die als Vorbilder für demokratische Fonds dienen und wertvolle Elemente demokratischer Kapitalallokation bereitstellen.

3.1. Sovereign Wealth Funds (SWF): Öffentliches Sparen und langfristige Kapitalstrategie

Sovereign Wealth Funds (SWF) sind staatliche Investitionsfonds, die i. d. R. aus öffentlichen Überschüssen gespeist werden und strategische Ziele wie makroökonomische Stabilität oder generationenübergreifende Vermögenssicherung verfolgen (Megginson und Fotak

2014) Neben den klassischen Einnahmequellen wie Rohstofflösen (z. B. Öl- und Gasexporte in Norwegen oder Alaska) können SWFs auch durch Haushaltsüberschüsse, Devisenreserven, Privatisierungserlöse oder Einnahmen aus spezifischen Steuern und Abgaben finanziert werden. Diese Diversifizierung der Finanzierungsquellen ermöglicht es Staaten, langfristige Rücklagen zu bilden und wirtschaftliche Stabilität zu fördern.

Ein prominentes Beispiel ist der norwegische Staatsfonds (Government Pension Fund Global), der Einnahmen aus der Öl- und Gasförderung verwendet, um langfristig Vermögen aufzubauen und nachhaltige Projekte zu finanzieren. Der norwegische Staatsfonds zählt zu den weltweit größten Staatsfonds und verwaltete 2024 ein Vermögen von über 1,7 Billionen Euro (Annual report 2024, 2025). Er zeichnet sich durch eine langfristige Anlagestrategie und ethische Investitionsrichtlinien aus, die Investitionen in Waffenhersteller, umweltschädliche Unternehmen und Firmen, die Menschenrechte verletzen, ausschließen (Ministry of Finance 2021). Diese Strategie hat dem Fonds sowohl hohe finanzielle Erträge als auch internationale Anerkennung eingebracht (Clark/Monk, 2010).

Während SWFs als stabile Säulen der Wirtschaft dienen und langfristige Kapitalstrategien ermöglichen, leiden sie häufig unter einem Demokratiedefizit und mangelnder Transparenz. Demokratische Fonds übernehmen daher die Prinzipien langfristiger Stabilität, erweitern sie jedoch durch demokratische Steuerungsmechanismen. Bürger*innen haben Mitspracherechte in der Allokation von Kapital und können aktiv Einfluss auf Investitionsentscheidungen nehmen.

3.2. Crowdfunding: Kollektive Investition durch dezentralisierte Entscheidungsfindung

Crowdfunding ist ein Finanzierungsmodell, das eine Vielzahl von Individuen befähigt, Projekte gemeinschaftlich zu finanzieren – meist in kleinen Beträgen, aber mit großer Reichweite. Plattformen wie Kickstarter oder GoFundMe haben gezeigt, dass kollektive Finanzierungsmethoden Projekte ermöglichen, die von klassischen Finanzinstitutionen als zu risikoreich oder zu wenig ertragreich eingestuft würden (Belleflamme et al. 2014).

Ein herausragendes Beispiel ist die Plattform Startnext in Deutschland, die es sozialen und kulturellen Projekten ermöglicht, sich unabhängig von Banken zu

finanzieren. Projekte wie die Villa-Flaire – ein kulturelles Zentrum in ländlichen Regionen – konnten durch Crowdfunding wichtige Mittel generieren, um lokale Gemeinschaften zu stärken und kulturelle Angebote auszubauen (CURT 2025)

Während Crowdfunding breite gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und soziale Innovationen fördert, bleibt es oft auf kleine Gruppen beschränkt und birgt ein hohes Investitionsrisiko. Demokratische Fonds skalieren daher das Prinzip der kollektiven Finanzierung auf eine makroökonomische Ebene und integrieren Mechanismen zur Risikosteuerung sowie geeignete institutionelle und personelle Rahmenbedingungen.

3.3. Betriebliche Mitbestimmung: Sicherung der Interessen von Arbeitnehmer*innen

Die betriebliche Mitbestimmung ist ein zentraler Mechanismus zur Integration der Perspektiven von Arbeitnehmer*innen in Unternehmensentscheidungen. In Deutschland ermöglichen Mitbestimmungs- und Betriebsverfassungsgesetz Arbeitnehmervertretungen in großen Unternehmen, Einfluss auf strategische Entscheidungen zu nehmen (Addison 2009) und erlauben es, die Interessen der Beschäftigten innerhalb des Betriebes gegenüber Interessen der Geschäftsführung (oder in vielen Fällen der Anleger*innen) zu schützen.

Ein bekanntes Beispiel ist die Volkswagen AG, deren Aufsichtsrat paritätisch mit Arbeitnehmer*innen- und Arbeitgeber*innenvertretenden besetzt ist. Diese Struktur ermöglicht es Arbeitnehmer*innen, direkt an strategischen Entscheidungen teilzuhaben und Unternehmensrichtlinien mitzugestalten, wodurch eine stabilere Unternehmensführung erreicht wird.

Während Mitbestimmung den Schutz von Arbeitnehmer*inneninteressen stärkt und langfristige Unternehmensführung unterstützt, ist ihr Wirkungsbereich begrenzt und häufig auf große Unternehmen beschränkt. Demokratische Fonds sollten diese Prinzipien fördern, indem sie gezielt Investitionen in Unternehmen lenken, die demokratische Entscheidungsstrukturen haben und faire Arbeitsbedingungen sichern. Dies zum Investitionsprinzip zu machen, wäre im Sinne der Fonds, denn eine starke Vertretung der Interessen der Beschäftigten innerhalb des Betriebes ist ein entscheidendes Element, um einen effektiven gesellschaftlichen Interessenausgleich zu ermöglichen. Dies trifft auch und vielleicht insbesondere zu, wenn ein Großteil einer Unternehmung durch Demokratische Fonds gehalten würden und Beschäftigte so ihre



Interessen sowohl als Konsument*innen und gesellschaftliche Anleger*innen als auch als Arbeiter*innen vertreten.

3.4. Liquid Democracy: Flexible Entscheidungsmechanismen für Investitionen

Liquid Democracy verbindet Elemente direkter und repräsentativer Demokratie, indem Bürger*innen ihre Stimmen entweder direkt abgeben oder an Expert*innen delegieren können (Blum/Zuber 2016). Dieses System schafft flexible Entscheidungsprozesse und ermöglicht eine differenzierte Abbildung gesellschaftlicher Präferenzen.

Die Piratenpartei Deutschland nutzte in der Vergangenheit die Software LiquidFeedback zur Umsetzung von Liquid Democracy. Diese Plattform erlaubte es Parteimitgliedern, direkt über politische Anträge abzustimmen oder Stimmen an sachkundige Delegierte zu übertragen. Trotz Herausforderungen bei der Skalierung und Umsetzung zeigte das Experiment die Machbarkeit flexibler Entscheidungsmodelle.

Liquid Democracy ermöglicht es Bürger*innen, ihre Beteiligung an eigene Expertise und Interessen anzupassen und dennoch Einfluss auf Investitionsentscheidungen zu nehmen. Im Rahmen Demokratischer Fonds kann dieses System komplexe Entscheidungsprozesse vereinfachen und eine größere gesellschaftliche Teilhabe fördern. Je nach Kompetenz und Interesse könnten Bürger*innen sich mehr oder weniger in die Arbeit der Teilfonds einbringen und sich neben der Abgabe der Token auch durch die Einbringung von Expertise in Fondsversammlungen einbringen oder dieses Mitspracherecht an sie vertretende Interessengruppen oder Personen abtreten.

3.5. Fazit: Ein hybrides System der Kapitalallokation

Demokratische Fonds vereinen verschiedene Modelle der Kapitalallokation in einem demokratischen, transparenten und partizipativen System. Während Sovereign Wealth Funds langfristige Kapitalstrategien ermöglichen und als Stabilitätsanker fungieren, bietet Crowdfunding gezielte Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte, die zwar gesellschaftlichen Mehrwert schaffen, aber für traditionelle Finanzinstitutionen oft als unrentabel gelten. Die betriebliche Mitbestimmung stärkt Arbeitnehmerrechte und integriert deren Perspektiven in unternehmerische Entscheidungen, während Liquid Democracy flexible Entscheidungsprozesse

ermöglicht und dabei hilft, komplexe Abstimmungen zu vereinfachen, ohne die individuelle Beteiligung einzuschränken.

Durch die Kombination dieser Ansätze entsteht ein hybrides System, das die Stärken der einzelnen Modelle vereint und gleichzeitig deren Schwächen ausgleicht. Demokratische Fonds schaffen so eine demokratische Infrastruktur, die kollektive Investitionsentscheidungen fördert und neue Wege eröffnet, um gesellschaftliche und ökologische Ziele effektiv zu verfolgen. Sie werden damit zu einer demokratischen Infrastruktur für kollektive Investitionsentscheidungen – ein Gegenentwurf zu anonymen Finanzmärkten und technokratisch verwalteten Staatsfonds.

4. Funktionsweise der Demokratischen Fonds

Die Demokratischen Fonds repräsentieren ein innovatives Modell der Kapitalallokation, das herkömmliche Marktmechanismen mit demokratischen Entscheidungsprozessen verknüpft. Ziel ist es, wirtschaftliche Effizienz, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit in Einklang zu bringen und den Bürger*innen eine direkte Beteiligung an Investitionsentscheidungen zu ermöglichen. Dieses System will nicht nur bestehende Fehlanreize der Finanzmärkte korrigieren, sondern auch eine neue Infrastruktur schaffen, die kollektive Interessen stärkt und gesellschaftliche Verantwortung fördert.

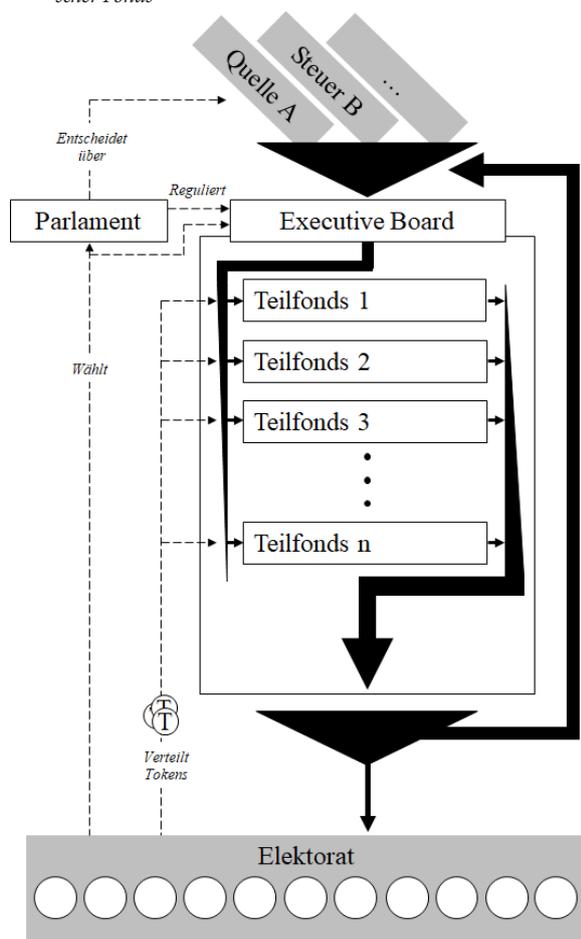
Im Kern steht die Idee, dass Kapitalströme nicht länger primär von gewinnorientierten Unternehmen und anonymen Märkten gesteuert werden, sondern von der Bevölkerung selbst – durch demokratische Prozesse und transparente Allokationsmechanismen.

4.1. Institutionelle Struktur der Demokratischen Fonds

Die Demokratischen Fonds basieren auf einem mehrstufigen institutionellen Aufbau (siehe Abbildung 2), der unterschiedliche Rollen und Verantwortlichkeiten klar definiert. Im Zentrum steht ein System wechselseitiger Kontrolle und Transparenz, das sicherstellen soll, dass Investitionsentscheidungen sowohl im Sinne der Bürger*innen als auch im Einklang mit gesellschaftlichen Zielen getroffen werden.

Das Parlament bildet die gesetzliche Grundlage des Fonds. Es definiert die Rahmenbedingungen, unter denen die Fonds operieren dürfen. Das Parlament entscheidet auch über die Höhe und Herkunft der neu zu investierenden Mittel. Diese können aus verschie-

Abbildung 2: Schematische Darstellung des Designs Demokratischer Fonds



Quelle: eigene Darstellung

denen Quellen stammen, darunter Vermögenssteuern, Erbschaftssteuern, Umweltabgaben oder Finanztransaktionssteuern. Hierbei eröffnet sich ein spannendes Feld politischer Gestaltungsmöglichkeiten: So könnten beispielsweise progressive Steuermodelle soziale Ungleichheiten abbauen und gleichzeitig die Fonds mit stabilen Einnahmequellen ausstatten.

Das Executive Board fungiert als zentrales Kontroll- und Steuerungsorgan der Demokratischen Fonds. Seine Hauptaufgaben liegen in der Festlegung ethischer, ökologischer und sozialer Standards sowie in der Überwachung der Einhaltung dieser Kriterien durch die Teilfonds. Gleichzeitig ist das Executive Board verantwortlich für die Normbildung für Risikoabwägungen und Diversifizierungsstrategien. Es stellt sicher, dass die Kapitalallokation breit gestreut wird, um systemische Risiken zu minimieren und eine nachhaltige Vermögensentwicklung zu gewährleisten. Dabei führt

es regelmäßige Risikoanalysen durch und passt die strategischen Leitlinien der Fonds bei Bedarf an.

Die Mitglieder des Vorstandes des Executive Boards werden direkt von den Bürger*innen gewählt. Diese demokratische Legitimation verleiht dem Gremium ein hohes Maß an Unabhängigkeit gegenüber kurzfristigen politischen Einflüssen und stärkt seine Position als Kontrollinstanz. Neben der Überwachung der Teilfonds hat das Board die Aufgabe, neue Fondsgründungen zu unterstützen und Bürger*innen oder zivilgesellschaftlichen Initiativen den Einstieg zu erleichtern. Hierfür stellt es Informationsmaterialien bereit, bietet Beratungsdienste an und sorgt für eine einfache administrative Abwicklung.

Die Teilfonds bilden das Herzstück der Demokratischen Fonds. Sie sind spezialisierte Unterfonds, die jeweils eigene Investitionsstrategien verfolgen und sich durch ihre Schwerpunktsetzungen unterscheiden. Bürger*innen haben die Möglichkeit, ihre Investitionstoken auf diese Teilfonds zu verteilen und so gezielt Einfluss auf die Allokation von Kapital zu nehmen. Die Teilfonds stehen in einem dynamischen Wettbewerb um die Unterstützung der Bürger*innen. Ihre Aufgabe besteht nicht nur darin, erfolgreiche Investitionen zu tätigen und das Portfolio zu managen, sondern auch, ihre Projekte und deren gesellschaftliche Auswirkungen transparent und verständlich zu kommunizieren.

Teilfonds haben die Möglichkeit, sich auf bestimmte Bereiche zu spezialisieren und ein klar kommunizierbares Profil zu entwickeln – etwa erneuerbare Energien, solidarische Produktion, digitale Souveränität oder lokale Infrastrukturmaßnahmen. Dabei differenzieren sie sich vor allem durch die Gewichtung von pekuniären und nicht-pekuniären Renditen. Während einige Teilfonds auf hohe finanzielle Erträge setzen und damit Bürger*innen ansprechen, die ihre Sozialdividende maximieren wollen, konzentrieren sich andere auf soziale oder ökologische Projekte, die langfristig gesellschaftliche Werte schaffen.

Das Elektorat – also die Gesamtheit der Bürger*innen – stellt die zentrale Entscheidungsebene im System der Demokratischen Fonds dar. Jeder Bürger und jede Bürgerin erhält jährlich eine bestimmte Anzahl an Investitionstoken, die symbolisch ihren Anteil an der insgesamt zur Verfügung stehenden Investitionssumme repräsentieren. Diese Token können frei auf die verschiedenen Teilfonds verteilt werden. Dabei entscheiden die Bürger*innen eigenständig, welche Fonds sie unterstützen wollen – je nachdem, ob sie monetäre Renditen bevorzugen



oder Projekte mit starkem sozialen oder ökologischen Nutzen fördern möchten.

Ein wesentlicher Aspekt des Allokationsmechanismus ist die Möglichkeit, die Token jederzeit umzuverteilen. Dies ermöglicht den Bürger*innen eine flexible Anpassung ihrer Präferenzen und stellt sicher, dass Teilfonds kontinuierlich um die Unterstützung der Bevölkerung werben müssen. Gleichzeitig sorgt dieses System für eine direkte Rückkopplung zwischen den Entscheidungen der Fondsmanager*innen und den Präferenzen der Wählenden. Fonds, die sich nicht an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientieren oder ineffizient wirtschaften, verlieren an Unterstützung und damit an Investitionsvolumen.

Zwischen den drei Hauptinstanzen – Parlament, Executive Board und Teilfonds – besteht eine klar definierte Kompetenzordnung: Das Parlament formuliert auf Gesetzesebene Leitplanken, Steuermodalitäten und Ausschlusskriterien. Das Executive Board setzt diese Vorgaben fachlich um, entwickelt detaillierte Investitionsrichtlinien und überwacht die Teilfonds. Diese Teilfonds wiederum gestalten ihre Schwerpunkte eigenständig, tragen das operative Risiko und konkurrieren um die Investitions-Token der Bürger*innen. So wird das demokratische Prinzip (Parlament und Bürger*innen) institutionell mit professioneller Verwaltung (Executive Board, Teilfondsmanagement) verzahnt, ohne in die alltäglichen Kompetenzbereiche der Regierung einzugreifen.

Nicht verwendete Token werden nicht in die Verteilung einbezogen. Die mit ihnen verbundene Investitionssumme wird proportional auf die aktiven Token verteilt. Dieses Prinzip verhindert eine systematische Unterauslastung der Mittel und sorgt dafür, dass die zur Verfügung stehenden Ressourcen vollständig in gesellschaftlich relevante Projekte fließen.

Ein zentrales Element zur Sicherung der langfristigen Handlungsfähigkeit Demokratischer Fonds ist die klare Abgrenzung vom staatlichen Kernhaushalt. Um kurzfristige politische Eingriffe zu verhindern, werden die Fondsmittel in einer eigenständigen Rechtsform verwaltet und sind rechtlich sowie administrativ von regulären Haushaltstiteln getrennt. Diese „Firewall“ stellt sicher, dass Investitionsvolumen und Rücklagen nicht für die Deckung akuter Haushaltsdefizite zweckentfremdet werden können. Gleichzeitig bewahrt sie den Parlamentarismus, indem das Parlament nur den Rahmen (etwa Steuerquellen und Ausschlusskriterien) beschließt, während der laufende Betrieb des Fonds von kurzfristiger Tagespolitik entkoppelt bleibt. Auf

diese Weise bleibt gewährleistet, dass Demokratische Fonds unabhängig von konjunkturellen oder parteipolitischen Schwankungen agieren können.

4.2. Anreizsystem der Teilfonds: Der Wettbewerb um die Token

Ein zentrales Element der Demokratischen Fonds ist das Anreizsystem, das den Wettbewerb zwischen den Teilfonds organisiert. Dieser Wettbewerb spielt eine doppelte Rolle: Einerseits sorgt er dafür, dass Fondsmanager*innen kontinuierlich nach den besten Investitionsstrategien und Projekten suchen, andererseits zwingt er sie dazu, ihre Vorhaben so zu präsentieren, dass sie für die Bürger*innen verständlich und transparent sind.

Jede Investition erzeugt sowohl pekuniäre als auch nicht-pekuniäre Renditen. Die Teilfonds unterscheiden sich primär in der Gewichtung dieser beiden Ertragsarten. Rendite-orientierte Fonds fokussieren sich auf finanzielle Gewinne und sprechen Bürger*innen an, die ihren Einkommensanteil aus der Sozialdividende maximieren wollen. Gesellschaftsorientierte Fonds hingegen setzen ihren Schwerpunkt auf den sozialen oder ökologischen Nutzen von Investitionen, auch wenn diese mit geringeren finanziellen Erträgen verbunden sind. Hybrid-Fonds versuchen, eine Balance zwischen beiden Ansätzen zu finden.

Dieser differenzierte Wettbewerb bietet den Bürger*innen eine breite Auswahl an Investitionsoptionen und ermöglicht es ihnen, eigene Präferenzen gezielt umzusetzen. Die Nutzung eines Token-Systems kann als institutionelle Umsetzung von Polanyis Konzept des internen Überblicks verstanden werden. Bürger*innen erhalten nicht nur die Möglichkeit, Finanzrenditen zu maximieren, sondern können ihre Token gezielt für Projekte einsetzen, die gesellschaftliche oder ökologische Werte schaffen, die sie persönlich betreffen. Dies erlaubt eine kollektive Priorisierung von Investitionen basierend auf gesellschaftlichem Wissen, das in traditionellen Finanzmärkten systematisch ignoriert wird. Die Demokratischen Fonds fungieren somit als Mechanismus, um soziale Präferenzen sichtbar zu machen und aktiv in Kapitalflüsse einzubinden.

Ein weiterer Vorteil des Anreizsystems liegt in seiner Selbstregulierung: Da die Bürger*innen ihre Token jederzeit neu verteilen können, entsteht ein kontinuierlicher Anpassungsprozess. Teilfonds, die ineffizient arbeiten oder sich nicht an gesellschaftlichen Präferenzen orientieren, verlieren Unterstützung, während erfolgreiche Fonds an Einfluss gewinnen.

Ein wesentlicher Anreiz für die Bürger*innen bildet eine institutionell abgesicherte Sozialdividende. Diese resultiert aus den pekuniären Erträgen, die demokratische Fonds regelmäßig erwirtschaften. Um Stabilität und Planbarkeit zu gewährleisten, wird eine bestimmte Ausschüttungsquote festgelegt. Sie legt den Anteil der jährlichen Fondsgewinne fest, der als Sozialdividende an alle Bürger*innen fließt. Der verbliebene Anteil wird reinvestiert, um das Fondsvermögen zu stärken und langfristig die nicht-pekuniären Investitionsziele zu unterstützen. Durch diese Kombination aus Ausschüttung und Reinvestition profitieren sowohl die individuelle Einkommenssicherheit als auch das kollektive gesellschaftliche Vermögen.

4.3. Demokratische Mitbestimmung und gesellschaftlicher Lernprozess

Die Demokratischen Fonds eröffnen neue Möglichkeiten der politischen und wirtschaftlichen Teilhabe. Bürger*innen bleiben nicht nur Konsument*innen, sondern werden auch zu aktiven Mitgestalter*innen gesellschaftlicher Entwicklung. Dieses System fördert einen umfassenden Lernprozess, der weit über den Finanzsektor hinausreicht.

Die direkte Beteiligung an Investitionsentscheidungen setzt einen Anreiz zur politischen und wirtschaftlichen Bildung. Bürger*innen müssen sich mit Fragen der Wirtschaftspolitik, Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Zielsetzungen auseinandersetzen, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Gleichzeitig entsteht ein Wettbewerb zwischen den Teilfonds um die beste Vermittlung von Informationen – ein Prozess, der nicht nur Transparenz schafft, sondern auch zur Aufklärung beiträgt.

Dieser Lernprozess zieht sich durch alle gesellschaftlichen Ebenen. Er eröffnet neue Möglichkeiten für die Bildung von Allianzen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, die sich gezielt für bestimmte Projekte oder gesellschaftliche Ziele einsetzen können. Zudem schafft er Raum für neue Formen der Solidarität, etwa zwischen Konsument*innen und Produzent*innen oder zwischen verschiedenen sozialen Gruppen.

Beispiel 1: Erwerb und Umwandlung einer Wohnsiedlung in Gemeineigentum

Eine alte Wohnsiedlung in einer mittelgroßen Stadt steht zum Verkauf. Ein privater Investor will Luxusapartments daraus machen und könnte damit viele

Mieter*innen verdrängen. Eine Initiative aus lokalen Mietervereinen und solidarischen Stadtteilgruppen gründet daraufhin einen Teilfonds unter dem Dach der Demokratischen Fonds. Dieser Fonds wirbt gezielt bei den Bürger*innen um Investitions-Token, um das Wohnareal zu erwerben und anschließend in ein gemeinwohlorientiertes Modell zu überführen – etwa in Form einer Genossenschaft oder eines städtischen Eigenbetriebs. Die einkommensschwächeren Mieter*innen bleiben vor Ort zu bezahlbaren Mieten, während ein Teil der Einnahmen in die Instandhaltung fließt, ein anderer zurück in den Teilfonds. So entsteht ein kollektives Eigentumsmodell, das Verdrängung vorbeugt und die lokale Wohnungsnot lindert.

Beispiel 2: Übernahme einer insolventen Fabrik durch die Belegschaft

Nach einer globalen Rezession muss ein mittelständischer Metallbaubetrieb Insolvenz anmelden. Die Belegschaft – rund 80 Beschäftigte, viele mit jahrzehntelanger Firmenzugehörigkeit – wenden sich an einen Teilfonds, der in der Region bereits aktiv ist. Dieser organisiert das Kapital, um die Fabrik zu übernehmen und weiterzuführen. Durch eine Kampagne in der Region gewinnen sie breite Unterstützung: Bürger*innen investieren ihre Token nicht wegen hoher Rendite, sondern um Arbeitsplätze zu sichern und die industrielle Kompetenz in der Gegend zu erhalten. In enger Abstimmung mit dem Betriebsrat und dem Executive Board wird ein innovatives Geschäftsmodell entwickelt, das auf ökologisch nachhaltige Fertigung setzt. Die Fabrik wird so von den Beschäftigten selbst getragen und schrittweise modernisiert, während Gewinne in die gemeinsame Weiterentwicklung des Betriebs und schlussendlich auch zurück in den Fonds fließen.

Beispiel 3: Ausbau genossenschaftlicher Nahversorgung

In einer ländlichen Region sind bereits mehrere Dorfläden geschlossen, was die Nahversorgung älterer Bewohner*innen massiv erschwert. Eine örtliche Genossenschaft, die regionale Lebensmittel und Alltagswaren vertreibt, beantragt über einen Teilfonds der Demokratischen Fonds Kapital für den Ausbau eines genossenschaftlichen Laden-Netzwerks. Bürger*innen der Region teilen ihre Investitions-Token auf diesen Teilfonds auf, weil sie sich so eine stabile regionale Wertschöpfung und kurze Lieferketten erhoffen. Mit



dem frischen Kapital öffnet die Genossenschaft neue Läden, modernisiert das Sortiment und kooperiert mit lokalen Produzent*innen. Die einkalkulierten pekuniären Renditen sind eher moderat, doch die nicht-pekuniären Erträge – wie soziale Vernetzung, Unterstützung regionaler Landwirtschaft, resiliente Versorgung und Lebensqualität im ländlichen Raum – überzeugen die Anlegerinnen von dieser Investition.

Beispiel 4: Digitale Souveränität und soziales Netzwerk in öffentlicher Hand

Eine Gruppe von IT-Aktivist*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen gründet den Teilfonds „Digital Commons“. Ziel ist die Entwicklung einer datenschutzfreundlichen, gemeinnützigen Social-Media-Plattform, die als Alternative zu rein werbefinanzierten Netzwerken fungieren soll. Vor allem junge Bürger*innen sowie Datenschützer*innen investieren ihre Token, weil sie Transparenz und Privatsphäre priorisieren. In Zusammenarbeit mit Universitäten entstehen quelloffene Softwarelösungen und ein Beirat aus IT-Fachleuten und Ethiker*innen überwacht die digitale Infrastruktur. Ein anderes Projekt im gleichen Teilfonds ist bereits in den Aufbau von Cloud-Lösungen investiert und kann die nötige Hardware bereitstellen. Statt Gewinnmaximierung liegt der Fokus auf Digitaler Souveränität, fairen Nutzungsbedingungen und freiem Zugang. Wer mitmacht, unterstützt eine technische und kulturelle Innovation, die sich explizit auf Gemeinwohlorientierung statt auf Werbeeinnahmen stützt.

4.4. Kontrolle und Transparenz: Die Rolle des Executive Boards

Das Executive Board übernimmt eine zentrale Rolle in der Aufsicht und Steuerung der Demokratischen Fonds. Es kontrolliert die Einhaltung ethischer und ökologischer Standards, überwacht die Performance der Teilfonds und sorgt für eine transparente Berichterstattung.

Jeder Teilfonds ist verpflichtet, regelmäßig Berichte zu erstellen, die sowohl die finanziellen Ergebnisse als auch die sozialen und ökologischen Auswirkungen der getätigten Investitionen offenlegen. Diese Berichte werden vom Executive Board überprüft und veröffentlicht, um den Bürger*innen eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu bieten.

Sollte ein Teilfonds gegen die festgelegten Regeln verstoßen oder gravierende Fehlentscheidungen treffen, kann das Executive Board Maßnahmen ergreifen – bis hin zur Auflösung des Fonds. Auch wenn Fondsmanager*innen kriminelle Handlungen begehen

oder ethische Standards verletzen, kann das Board einschreiten.

Neben den internen Berichts- und Transparenzpflichten der Teilfonds führt ein externes Auditgremium (analog zu einem Rechnungshof) jährlich umfassende Prüfungen durch. Diese umfassen finanzielle Aspekte (Risikomanagement, Rendite und Haushaltsklarheit) ebenso wie die Einhaltung ökologischer und sozialer Standards. Die Ergebnisse werden in öffentlich zugänglichen Berichten dargestellt, sodass Bürger*innen, Medien und Wissenschaft diese Informationen leicht einsehen können. Auf diese Weise entsteht ein doppeltes Kontrollsystem: Einerseits überwacht das Executive Board sämtliche Teilfonds, andererseits gewährleistet ein unabhängiges Audit, dass Transparenz und Verantwortlichkeit gewahrt bleiben und die Trennung vom staatlichen Kernhaushalt respektiert wird.

Darüber hinaus übernimmt das Executive Board eine beratende Funktion. Es unterstützt Teilfonds bei der Entwicklung nachhaltiger Anlagestrategien, bietet Informationsmaterialien an und fördert die Gründung neuer Fonds. Auf diese Weise trägt es aktiv zur Innovationsfähigkeit und Resilienz des gesamten Systems bei.

4.5. Messung nicht-pekuniärer Erträge: Eine implizite Perspektive

Die Bewertung nicht-pekuniärer Investitionserträge (NPRI) stellt eine zentrale Herausforderung für Demokratische Fonds dar. Da diese Erträge – wie ökologische Nachhaltigkeit, soziale Kohäsion oder kulturelle Vielfalt – nicht direkt in monetären Einheiten erfasst werden können, erfordert ihre Berücksichtigung alternative Bewertungsansätze. Demokratische Fonds verfolgen daher eine implizite Messstrategie, die den gesellschaftlichen Mehrwert indirekt quantifiziert. Polanyis Konzept des internen Überblicks bietet hier eine konzeptionelle Grundlage für die Messung nicht-pekuniärer Erträge. Während traditionelle Investitionsentscheidungen durch finanzielle Kennzahlen gesteuert werden, beruht das Konzept Demokratischer Fonds darauf, eine alternative Bewertungsdimension zu etablieren, die kollektive gesellschaftliche Einschätzungen widerspiegelt. In einem marktbasieren System sind soziale und ökologische Werte nur dann sichtbar, wenn sie monetarisiert werden können – Demokratische Fonds ermöglichen hingegen eine direkte Integration nicht-pekuniärer Erträge in den Allokationsmechanismus. Die bewussten Token-Entscheidungen der Bürger*innen können als ein demokratischer

Ausdruck gesellschaftlicher Präferenzen interpretiert werden, die den internen Überblick operationalisieren. Dies bedeutet, dass gesellschaftliche Bewertungen nicht nur in Umfragen oder politischen Debatten reflektiert werden, sondern direkt Einfluss auf Investitionsströme nehmen können.

Der Messansatz basiert auf der Beobachtung der bewussten Allokationsentscheidungen der Bürger*innen. Die Höhe der nicht-pekuniären Erträge lässt sich dabei mindestens als jene Differenz bestimmen, die zwischen der durchschnittlichen pekuniären Rendite der Teilfonds und der Rendite eines vergleichbaren, rein renditeorientierten Fonds besteht. Bürger*innen verzichten dabei gezielt auf höhere Finanzrenditen und investieren stattdessen in Projekte mit sozialem, ökologischem oder kulturellem Wert – ein trade-off, der als Ausdruck ihrer individuellen Präferenzen und kollektiven Bedürfnisse verstanden werden kann.

Diese implizite Berechnung stellt jedoch lediglich eine Untergrenze dar. Der tatsächliche gesellschaftliche Mehrwert dürfte weit darüber hinausgehen, da viele Effekte – wie langfristige Umweltschutzmaßnahmen oder die Stärkung sozialer Netzwerke – schwer quantifizierbar sind und erst langfristig Wirkung entfalten. Die Bürger*innen berücksichtigen diese Faktoren in ihren Allokationsentscheidungen, indem sie unterschiedliche Projekte gemäß ihren subjektiven Wertvorstellungen und Erfahrungswelten priorisieren.

Durch diese Messstrategie wird der gesellschaftliche Lernprozess in den Mittelpunkt gestellt: Bürger*innen entwickeln ein zunehmend differenziertes Verständnis für die Auswirkungen ihrer Investitionsentscheidungen und können diese langfristig anpassen. Die implizite Messung nicht-pekuniärer Erträge spiegelt damit nicht nur die ökonomischen Folgen kollektiver Entscheidungen wider, sondern dokumentiert zugleich den gesellschaftlichen Wandel in Richtung nachhaltiger und gerechter Kapitalallokationen.

5. Demokratische Fonds: Potenziale, Herausforderungen und Zukunftsperspektiven

Die Demokratischen Fonds repräsentieren nicht nur eine neue Form der Kapitalallokation, sondern auch ein umfassendes gesellschaftliches Projekt mit weitreichenden politischen, ökonomischen und kulturellen Implikationen. Während sie das Potenzial bieten, bestehende strukturelle Fehlentwicklungen in der Kapitalallokation zu beheben, eröffnen sie gleichzeitig neue Fragen

und Herausforderungen. Dieser Abschnitt untersucht die wesentlichen Potenziale Demokratischer Fonds, beleuchtet mögliche Risiken und skizziert zentrale Forschungsfragen für zukünftige Untersuchungen.

5.1. Potenziale Demokratischer Fonds

Demokratische Fonds eröffnen eine Vielzahl an Transformationspotenzialen, die weit über die klassische Kapitalallokation hinausgehen. Sie ermöglichen eine gerechtere Verteilung von Ressourcen, stärken gesellschaftliche Teilhabe und schaffen neue Möglichkeiten makroökonomischer Steuerung. Durch die bewusste Einbindung nicht-pekuniärer Investitionserträge (NPRI) und die Demokratisierung von Investitionsentscheidungen bieten Demokratische Fonds das Potential, ein wirksames Instrument zur Förderung der sozial-ökologischen Transformation zu sein.

Ein zentrales Versprechen Demokratischer Fonds besteht in der Demokratisierung der Kapitalströme. In traditionellen Finanzsystemen liegt die Entscheidungsmacht über Kapitalanlagen primär bei institutionellen Anleger*innen, Großinvestor*innen und privaten Unternehmen. Demokratische Fonds hingegen übertragen Entscheidungsbefugnisse direkt an die Bürger*innen, unabhängig von Vermögensstatus oder sozialer Stellung (vgl. Piketty, 2020). Durch den Einsatz von Token-Systemen werden Bürger*innen in die Lage versetzt, gezielt Kapital in Projekte zu lenken, die ihren sozialen, ökologischen oder kulturellen Präferenzen entsprechen. Dieses partizipative Prinzip schafft nicht nur neue Möglichkeiten der Mitbestimmung, sondern trägt auch zur Förderung einer gerechteren Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen bei.

Ein weiteres bedeutendes Potenzial besteht in der Förderung der sozial-ökologischen Transformation. Demokratische Fonds ermöglichen eine umfassendere Bewertung von Investitionen, indem sie nicht-pekuniäre Erträge wie ökologische Nachhaltigkeit, soziale Kohäsion und kulturelle Entwicklung systematisch berücksichtigen. Während traditionelle Märkte häufig externalisierte Kosten – etwa Umweltzerstörung oder soziale Ausgrenzung – nicht in den Preis einbeziehen, schaffen Demokratische Fonds die Möglichkeit, solche Faktoren explizit in die Entscheidung einzubeziehen. Dies eröffnet Raum für Investitionen in gemeinwohlorientierte Projekte, erneuerbare Energien, soziale Infrastrukturen und lokale Wertschöpfungsketten, die im klassischen Finanzsystem häufig unterfinanziert bleiben.



Ein weiterer zentraler Vorteil Demokratischer Fonds liegt in ihrem Potenzial zur makroökonomischen Steuerung und Krisenresilienz. Während private Investitionsströme häufig prozyklisch wirken und Konjunkturschwankungen verstärken, eröffnen Demokratische Fonds die Möglichkeit, gezielt antizyklische Investitionsstrategien umzusetzen. In wirtschaftlichen Abschwungphasen können, in Zusammenarbeit mit Parlament/Finanzministerium/Zentralbank Investitionen ausgeweitet werden, um Nachfrage und Beschäftigung zu stabilisieren, während in Boomphasen dämpfende Maßnahmen ergriffen werden können – ähnlich der Funktionsweise von Staatsfonds wie dem norwegischen Government Pension Fund Global (Clark/Monk 2010). Die Arbeiten von Saule Omarova zur National Investment Authority (Omarova 2022) verdeutlichen zudem, dass staatlich gesteuerte Investitionsfonds als makroökonomische Puffer fungieren und damit wirtschaftliche Resilienz stärken können.

Ein wesentliches Potenzial Demokratischer Fonds liegt in der Stärkung gesellschaftlicher Teilhabe und Bildung. Durch die aktive Beteiligung an Investitionsentscheidungen werden Bürger*innen nicht nur zu passiven Konsument*innen, sondern zu aktiven Mitgestalter*innen gesellschaftlicher Entwicklung. Die Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragestellungen fördert die politische Bildung und trägt langfristig zur Stärkung der demokratischen Kultur bei (Pateman 1970). Der Wettbewerb der Teilfonds um die Unterstützung der Bürger*innen schafft darüber hinaus einen Anreiz, Informationen transparent und verständlich aufzubereiten. Dies erleichtert den Zugang zu ökonomischem Wissen, fördert die politische Aufklärung und stärkt die gesellschaftliche Teilhabe auch von bisher marginalisierten Gruppen.

5.2. Herausforderungen und Risiken

Trotz der weitreichenden Potenziale Demokratischer Fonds sind mit ihrer Einführung und Umsetzung eine Reihe von Herausforderungen und Risiken verbunden. Diese betreffen sowohl praktische Aspekte des institutionellen Designs als auch politische und gesellschaftliche Spannungsfelder, die berücksichtigt werden müssen, um die langfristige Funktionsfähigkeit der Fonds sicherzustellen.

Eine der größten Herausforderungen besteht in der Komplexität der Entscheidungsprozesse. Die aktive Beteiligung an Investitionsentscheidungen erfordert

ein gewisses Maß an wirtschaftlichem Verständnis sowie die Bereitschaft zur kontinuierlichen Auseinandersetzung mit ökonomischen, sozialen und ökologischen Fragestellungen. Während einige Bürger*innen ein hohes Maß an Mitbestimmung wünschen, bevorzugen andere eine Delegation ihrer Stimmrechte an Expert*innen (Blum/Zuber 2016). Hier bieten Prinzipien der Liquid Democracy einen flexiblen Lösungsansatz, indem sie direkte und indirekte Beteiligungsformen kombinieren. Gleichzeitig besteht die Gefahr der Überforderung, insbesondere bei komplexen Investitionsentscheidungen. Um eine breite Beteiligung sicherzustellen, sind daher umfassende Bildungsprogramme sowie einfach zugängliche Informationskanäle notwendig. Außerdem muss geklärt werden, durch welche Mechanismen die Entscheidungskomplexität reduziert werden kann, ohne zu viel inneres Wissen der Bürger*innen zu vernachlässigen.

Ein weiteres zentrales Risiko besteht in der Gefahr der Dominanz einflussreicher Gruppen. Auch wenn Demokratische Fonds auf Gleichberechtigung abzielen, besteht die Möglichkeit, dass gut organisierte Interessengruppen den öffentlichen Diskurs dominieren und Investitionsentscheidungen in ihrem Sinne beeinflussen. Dies betrifft insbesondere wirtschaftlich starke Akteur*innen, die über die Ressourcen verfügen, umfassende Kampagnen zur Meinungsbeeinflussung zu finanzieren. Transparenzpflichten, regulierte Kommunikationsplattformen sowie gezielte Förderprogramme für marginalisierte Gruppen sind daher essenziell, um eine faire und pluralistische Entscheidungsfindung zu gewährleisten (vgl. Crouch 2011).

Demokratische Fonds bringen zudem bestehende gesellschaftliche Konfliktlinien stärker zur Geltung und schaffen Räume für deren politische Aushandlungsprozesse. Diese Interessenkonflikte und gesellschaftlichen Spannungsfelder betreffen insbesondere den klassischen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, aber auch Konsumierenden und Produzierenden, sowie Produktivität (Jetzt) und Nachhaltigkeit (Zukunft). Während reine marktförmige Organisationen solche Konflikte häufig verdecken, machen Demokratische Fonds sie explizit und schaffen damit die Möglichkeit, faire Aushandlungsprozesse zu gestalten. Die Herausforderung besteht darin, institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine faire und konstruktive Konfliktbearbeitung ermöglichen, ohne demokratische Prozesse zu blockieren oder gesellschaftliche Spannungen zu verschärfen.

Auch die Stabilität der Sozialdividende und die wirtschaftliche Resilienz der Fonds stellen zentrale

Herausforderungen dar. Die Ausschüttung einer Sozialdividende – eines regelmäßigen Einkommens, das unabhängig von individueller Erwerbstätigkeit oder Tokenallokation aus den pekuniären Erträgen der Teilfonds finanziert wird – ist ein wesentlicher Anreiz Demokratischer Fonds. Ihre langfristige Stabilität hängt jedoch maßgeblich von der wirtschaftlichen Resilienz der Fonds ab. Volatile Finanzmärkte, globale Krisen oder strukturelle Fehlallokationen könnten die pekuniären Erträge unter Druck setzen und damit das Vertrauen der Bürger*innen untergraben. Eine breite Diversifizierung der Portfolios sowie die Integration nicht-pekuniärer Erträge – etwa durch Investitionen in öffentliche Infrastrukturen oder lokale Wirtschaftskreisläufe – können hier als Risikopuffer fungieren und die Stabilität der gesellschaftlichen Bedürfnisbefriedigung langfristig sichern (Standing 2017).

Schließlich ist die Einführung Demokratischer Fonds auch mit politischen Risiken und möglichen Machtverschiebungen verbunden. Die Umverteilung von Investitionsentscheidungen aus dem Einflussbereich privater Finanzakteur*innen in die Hände der Bürger*innen stellt bestehende Machtverhältnisse infrage und könnte auf erheblichen Widerstand stoßen. Großinvestor*innen, Banken und Finanzinstitute könnten versuchen, regulatorische Reformen zu blockieren oder die öffentliche Meinung zu beeinflussen, um die Einführung Demokratischer Fonds zu verhindern (vgl. Streeck 2014). Um solchen Bestrebungen entgegenzuwirken, sind breite zivilgesellschaftliche Allianzen sowie transparente politische Entscheidungsprozesse erforderlich. Die Schaffung von Schutzmechanismen und demokratischen Kontrollstrukturen ist entscheidend, um langfristig eine stabile und resiliente Institution zu gewährleisten.

5.3. Ausblick und Forschungsfragen

Die Demokratischen Fonds eröffnen nicht nur neue Möglichkeiten der Kapitalallokation, sondern werfen zugleich eine Vielzahl von Fragen auf, die eine vertiefte wissenschaftliche Auseinandersetzung und praktische Erprobung erfordern. Die Implementierung eines solchen umfassenden Modells der demokratischen Kapitalsteuerung ist mit weitreichenden sozioökonomischen, politischen und kulturellen Implikationen verbunden. Die nachfolgenden Forschungsperspektiven geben einen Überblick über zentrale Herausforderungen und Chancen, die es zu untersuchen gilt.

Gestaltung der Allokationsmechanismen

Die Allokationsmechanismen stehen im Zentrum des Konzepts Demokratischer Fonds, da sie maßgeblich die Effizienz und die demokratische Legitimation der Kapitalverteilung bestimmen. Eine der zentralen Fragen besteht darin, wie Token-Systeme so gestaltet werden können, dass sie einerseits Flexibilität gewährleisten und andererseits Stabilität bieten. Während Bürger*innen theoretisch die Möglichkeit haben sollten, ihre Token jederzeit umzuschichten, um auf neue Informationen oder gesellschaftliche Entwicklungen zu reagieren, besteht zugleich die Gefahr übermäßiger Volatilität. Erfahrungen aus Blockchain-basierten DeFi-Systemen (Decentralized Finance) zeigen, dass zu häufige Änderungen die Stabilität untergraben und spekulative Dynamiken verstärken können (Schär 2021). Hier gilt es, eine Balance zwischen dynamischer Anpassungsfähigkeit und langfristiger Stabilität zu finden.

Makroökonomische Steuerung und antizyklische Effekte

Eines der herausragenden Potenziale Demokratischer Fonds besteht in ihrer Fähigkeit, antizyklische Investitionsstrategien umzusetzen und damit zur makroökonomischen Stabilisierung beizutragen. In wirtschaftlichen Abschwungphasen könnten Demokratische Fonds gezielt Investitionen tätigen, um Beschäftigung zu sichern und Nachfrage zu stabilisieren, während in Boomphasen Überhitzungen der Märkte gedämpft werden könnten.

Die Arbeiten von Saule Omarova (Omarova 2022) zur National Investment Authority (NIA) in den USA verdeutlichen die Rolle staatlich gelenkter Investitionsfonds als makroökonomische Steuerungsinstrumente. Im Unterschied zu klassischen Staatsfonds, die oftmals technokratisch verwaltet werden, könnten Demokratische Fonds dezentralisiert agieren und gleichzeitig eine breite Bürger*innenbeteiligung sicherstellen. Die Kombination makroökonomischer Steuerung und direkter Bürger*innenbeteiligung stellt jedoch auch neue Herausforderungen: Wie können Demokratische Fonds antizyklisch agieren, ohne dabei kurzfristigen Präferenzen der Bürger*innen zu unterliegen? Welche institutionellen Puffermechanismen sind erforderlich, um makroökonomische Stabilität zu gewährleisten?

Auch im internationalen Kontext stellt sich die Frage nach der Rolle Demokratischer Fonds. Der



Sovereign Wealth Fund von Singapur (Temasek) oder Norwegen zeigt, dass staatlich gelenkte Fonds aktiv auf globalen Märkten agieren können, während gleichzeitig soziale und ökologische Standards eingehalten werden. Demokratische Fonds müssten daher Wege finden, die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu fördern und gleichzeitig demokratische Prinzipien zu wahren. Formen transnationaler Kooperation zwischen Demokratischen Fonds könnten hier neue Möglichkeiten eröffnen.

Gesellschaftliche Dynamiken und Machtverschiebungen

Die Einführung Demokratischer Fonds würde tiefgreifende gesellschaftliche Dynamiken in Gang setzen und bestehende Machtstrukturen herausfordern. Eine der zentralen Fragen ist, wie sich die institutionellen Interessenkonflikte zwischen Konsument*innen, Produzent*innen, Kapital und Arbeit in einem demokratisch gestalteten Fondsrahmen entwickeln und aushandeln lassen.

Das Modell der Arbeitergenossenschaft Mondragón im Baskenland zeigt beispielsweise, wie alternative Eigentums- und Entscheidungsmodelle Spannungen zwischen Kapital und Arbeit abschwächen können (Whyte/Whyte 1991). Auch partizipative Haushaltsmodelle in Städten wie Porto Alegre haben gezeigt, dass partizipative Prozesse nicht nur neue Formen der Teilhabe schaffen, sondern auch bestehende Machtstrukturen aufbrechen können (Baiocchi 2007)

Gleichzeitig sind aber auch Widerstände zu erwarten. Etablierte Finanzakteure könnten Demokratische Fonds als Bedrohung ihrer Einflussnahme betrachten und versuchen, deren Verbreitung zu blockieren. Eine gezielte Stärkung zivilgesellschaftlicher Bewegungen und die Schaffung stabiler Koalitionen aus NGOs, Bürger*inneninitiativen und wissenschaftlichen Institutionen könnten daher entscheidend sein, um die notwendige politische Unterstützung für Demokratische Fonds zu mobilisieren.

Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen und das Budgetrecht des Parlaments

Ein zentrales rechtliches Spannungsfeld ergibt sich aus der Frage, wie Demokratische Fonds mit dem verfassungsrechtlich verankerten Budgetrecht des Parlaments in Einklang gebracht werden können. Anders als bei klassischen Bürger*innenhaushalten, bei denen

Bürger*innen direkt über Haushaltsmittel abstimmen, erfolgt hier eine Ausgliederung aus dem staatlichen Kernhaushalt: Das Parlament legt in einem Fondsgesetz einmalige oder wiederkehrende Zuflüsse (z. B. über spezielle Steuerquellen oder Abgaben) fest und definiert die Grundprinzipien des Fonds. Anschließend agiert der Demokratische Fonds als eigenständige Körperschaft mit eigener Vermögens- und Finanzverantwortung. Diese „Firewall“ reduziert laufende Konflikte mit dem Budgetrecht, da die Bürger*innen zwar ihre Investitions-Token verteilen, aber nicht über reguläre Haushaltstitel entscheiden. Dennoch bleibt das Parlament für die Kontrolle und Aufsicht zuständig – beispielsweise über periodische Rechenschaftsberichte oder den Einsatz unabhängiger Auditinstanzen.

Gleichwohl bleibt offen, inwiefern eine solche Ausgliederung verfassungsrechtliche Anpassungen erfordert, da weder die traditionelle Einordnung als staatsnahe Anstalt noch als privatrechtliches Vehikel sämtliche Fragen der demokratischen Legitimation und Verantwortlichkeit klären kann. Auch stellt sich die Frage, ob sich damit de facto eine neue Dimension des Staates – eine „Ökonomative“ – etabliert, die weder rein exekutiv noch ausschließlich dem Kernhaushalt untergeordnet ist. Die künftige Forschung müsste hier klären, wie sich diese Konstruktion konsistent in das Gefüge der Staatsgewalten und die Haushaltsgrundsätze einpasst, ohne die verfassungsrechtliche Stellung des Parlaments zu unterminieren. Insbesondere sollte hier auf eine internationale Anschlussfähigkeit geachtet werden, da zu erwarten ist, dass Demokratische Fonds insbesondere auf der EU-Ebene Effektivität entfalten könnten.

Kulturelle Auswirkungen und gesellschaftlicher Lernprozess

Ein langfristiger gesellschaftlicher Effekt Demokratischer Fonds könnte sich im Bereich der politischen und ökonomischen Bildung zeigen. Die direkte Beteiligung der Bürger*innen an Investitionsentscheidungen fordert eine Auseinandersetzung mit komplexen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragestellungen und fördert so politische Bildung und gesellschaftliches Bewusstsein.

Partizipative Prozesse wie das „Participatory Budgeting“ haben gezeigt, dass sich Bürger*innen im Laufe der Zeit stärker mit den kollektiv gefassten Entscheidungen identifizieren und langfristig auch ihre eigenen Präferenzen im Sinne des Gemeinwohls anpassen

(Sintomer et al. 2012). Übertragen auf Demokratische Fonds könnte dieser Lernprozess zu einer verstärkten Fokussierung auf nicht-pekuniäre Erträge führen, da Bürger*innen die langfristigen Auswirkungen ihrer Investitionsentscheidungen auf die Gesellschaft und Umwelt direkter erfahren.

Darüber hinaus könnten Demokratische Fonds neue Formen kollektiver Mobilisierung und Solidarität befördern. Die Möglichkeit, sich in Gruppen zusammenzuschließen und gezielt die Finanzierung bestimmter Projekte zu organisieren, schafft neue Räume für zivilgesellschaftliches Engagement und kollektive Entscheidungsprozesse. Auf diese Weise könnten Demokratische Fonds zu Keimzellen einer inklusiveren und nachhaltigeren Wirtschaft werden.

Praktische Umsetzung und Pilotprojekte

Schließlich stellt sich die Frage nach der konkreten Umsetzung Demokratischer Fonds. Eine schrittweise Einführung durch Pilotprojekte könnte wertvolle Erkenntnisse darüber liefern, wie sich das Modell in der Praxis bewährt und wo Anpassungen erforderlich sind.

Städte oder Regionen mit starker zivilgesellschaftlicher Vernetzung könnten als Testfelder fungieren. Ähnlich wie beim „Participatory Budgeting“ könnten erste Pilotprojekte darauf abzielen, Teile öffentlicher Investitionsmittel in Demokratische Fonds zu lenken und die Bürger*innen an den entsprechenden Entscheidungen zu beteiligen. Gleichzeitig müssten rechtliche und institutionelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, um eine sichere und transparente Steuerung der Fonds zu gewährleisten.

Die Entwicklung digitaler Plattformen zur Steuerung der Token-Vergabe und zur Organisation der Abstimmungsprozesse ist ein weiterer zentraler Schritt. Dabei müssen Datensicherheit, Datenschutz und Nutzendenfreundlichkeit gleichermaßen berücksichtigt werden, um eine breite Akzeptanz zu gewährleisten.

5.4. Schlussbemerkung: Eine Einladung zur Weiterentwicklung

Demokratische Fonds stehen an der Schnittstelle zwischen ökonomischer Effizienz, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit. In einer Zeit, in der traditionelle Finanzmärkte immer häufiger an ihre systemischen und ethischen Grenzen stoßen, eröffnen Demokratische Fonds eine neue Perspektive auf Kapitalallokation und wirtschaftliche Steuerung. Sie sind

kein rein technokratisches Instrument der Finanzpolitik, sondern ein politisches Projekt mit tiefgreifenden Implikationen für die Struktur unserer Gesellschaften und die Funktionsweise unserer Demokratien.

Die bisherigen Überlegungen haben gezeigt, dass Demokratische Fonds nicht nur dazu beitragen können, Fehlallokationen von Kapital zu korrigieren, sondern auch als Katalysatoren für gesellschaftlichen Wandel wirken können. Durch die direkte Beteiligung der Bürger*innen an Investitionsentscheidungen wird das Verhältnis zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft neu justiert. Bürger*innen werden nicht länger auf die Rolle passiver Konsument*innen oder Wähler*innen reduziert, sondern zu aktiven Mitgestalter*innen gesellschaftlicher Entwicklung.

Diese Neuausrichtung hat das Potenzial, bestehende Machtasymmetrien zu hinterfragen und alternative Formen der Kapitalsteuerung zu erproben. In einem Wirtschaftssystem, das zunehmend von kurzfristigen Renditeinteressen und spekulativen Finanzmärkten dominiert wird, bieten Demokratische Fonds einen Raum für langfristige, wertebasierte Investitionsentscheidungen. Dabei sind sie flexibel genug, um an lokale Kontexte angepasst zu werden, und offen für eine Vielfalt von gesellschaftlichen Zielsetzungen – sei es der Ausbau erneuerbarer Energien, die Förderung sozialer Infrastrukturen oder die Stärkung lokaler Wirtschaftskreisläufe.

Dennoch ist klar: Demokratische Fonds sind kein fertiges Modell, sondern eine Einladung zur kollektiven Aushandlung. Ihre konkrete Ausgestaltung, die institutionellen Rahmenbedingungen und die Allokationsmechanismen müssen kontinuierlich überprüft und an gesellschaftliche Entwicklungen angepasst werden. Sie leben von der aktiven Beteiligung der Bürger*innen und dem gesellschaftlichen Diskurs über die Frage, wie Kapital im Sinne des Gemeinwohls eingesetzt werden kann.

Diese Offenheit ist eine Stärke, aber auch eine Herausforderung. Demokratische Fonds werfen grundsätzliche Fragen auf: Wie kann eine Balance zwischen individueller Freiheit und kollektiver Verantwortung geschaffen werden? Wie lassen sich Machtasymmetrien innerhalb partizipativer Entscheidungsprozesse verhindern? Und wie kann eine kontinuierliche politische und ökonomische Bildung sichergestellt werden, um eine breite und informierte Teilhabe aller zu ermöglichen?

Diese Fragen erfordern einen multidisziplinären Forschungsansatz und eine enge Zusammenarbeit zwi-

schen Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Die Erfahrungen aus partizipativen Haushaltsmodellen, Genossenschaftsbanken, solidarischer Landwirtschaft und anderen Formen alternativer Wirtschaftsorganisationen bieten wertvolle Anknüpfungspunkte. Gleichzeitig bedarf es neuer Konzepte und Experimente, um das Modell Demokratischer Fonds an unterschiedliche gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Kontexte anzupassen.

Die Einführung Demokratischer Fonds sollte daher als Prozess verstanden werden – ein Prozess des gesellschaftlichen Lernens, des politischen Aushandelns und der institutionellen Innovation. Sie sind kein Allheilmittel für die Krisen des globalen Kapitalismus, wohl aber ein Instrument, um neue Wege zu einer gerechteren und nachhaltigeren Wirtschaftsordnung zu erkunden.

Abschließend lässt sich sagen: Demokratische Fonds sind weit mehr als nur eine Alternative zu bestehenden Finanzierungsmodellen. Sie sind ein Ausdruck eines grundlegenden Wandels im Verständnis von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. In einer Welt, die vor tiefgreifenden ökologischen und sozialen Herausforderungen steht, bieten sie die Chance, Kapitalströme nicht nur effizient, sondern auch gerecht und zukunftsorientiert zu lenken.

Demokratische Fonds sind ein Schritt hin zu einer Wirtschaft, die den Menschen dient – und nicht umgekehrt. Ihre Verwirklichung wird nicht einfach sein, aber sie ist eine Herausforderung, die es wert ist, angenommen zu werden.

Literaturverzeichnis

- Addison, J.T. (2009): *The Economics of Codetermination*. New York: Palgrave Macmillan US.
- Annual report 2024 (2025): Norges Bank Investment Management. Online: <https://www.nbim.no/en/news-and-insights/reports/2024/annual-report-2024/> [01.04.2025].
- Bachram, H. (2004): Climate fraud and carbon colonialism: the new trade in greenhouse gases. *Capitalism Nature Socialism*, 15(4), 5-20.
- Baiocchi, G. (2007): *Militants and Citizens: The Politics of Participatory Democracy in Porto Alegre*. Bibliovault OAI Repository, the University of Chicago Press.
- Belleflamme, P./Lambert, T./Schwienbacher, A. (2014): Crowdfunding: Tapping the right crowd. *Journal of Business Venturing*, 29(5), 585-609.
- Bento, A.M. et al. (2009): Distributional and Efficiency Impacts of Increased US Gasoline Taxes. *American Economic Review*, 99(3), 667-699.
- Berg, F./Kölbel, J.F./Rigobon, R. (2022): Aggregate Confusion: The Divergence of ESG Ratings. *Review of Finance*, 26(6), 1315-1344.
- Blum, C./Zuber, C.I. (2016): Liquid Democracy: Potentials, Problems, and Perspectives. *Journal of Political Philosophy*, 24(2), 162-182.
- Chatterji, A.K./Levine, D.I./Toffel, M.W. (2009): How Well Do Social Ratings Actually Measure Corporate Social Responsibility? *Journal of Economics & Management Strategy*, 18(1), 125-169.
- Clark, G.L./Monk, A.H.B. (2010): The Norwegian Government Pension Fund: Ethics Over Efficiency. *SSRN Electronic Journal*.
- Coase, R.H. (1960): The problem of social cost. *Chicago, Ill.: University of Chicago Law School*.
- Crouch, C. (2011): *The strange non-death of neoliberalism*. Cambridge, UK; Malden, MA: Polity Press. Online: <http://archive.org/details/strangenondeathooooocrou>.
- CURT (2025): SUPPORT YOUR LOCAL KULTURSTÄTTE: VILLA FLAIRE. CURT. Online: <https://www.curt.de/inhalt/artikel/15316/> [24.02.2025].
- Daly, H.E./Farley, J. (2011): *Ecological Economics, Second Edition: Principles and Applications*. Island Press.
- Eccles, R.G./Serafeim, G. (2013): The performance frontier: innovating for a sustainable strategy. *Harvard Business Review*, 91(5), 50-56, 58, 60, 150.
- Hayek, F.A. (1945): The Use of Knowledge in Society. *The American Economic Review*, 35(4), 519-530.
- Höchstädter, A.K./Scheck, B. (2015): What's in a Name: An Analysis of Impact Investing Understandings by Academics and Practitioners. *Journal of Business Ethics*, 132(2), 449-475.
- IPCC (2023): AR6 Synthesis Report: Summary for Policy-makers Headline Statements. Online: <https://www.ipcc.ch/report/ar6/syr/resources/spm-headline-statements/> [24.02.2024].
- Jackson, T. (2009): *Prosperity Without Growth: Economics for a Finite Planet*. Earthscan.
- Kapp, K.W. (1978): *The Social Costs of Business Enterprise*. Spokesman.
- Kotsantonis, S./Serafeim, G. (2019): Four Things No One Will Tell You About ESG Data. *Journal of Applied Corporate Finance*, 31(2), 50-58.
- Mazzucato, M. (2018): *The Value of Everything: Making and Taking in the Global Economy*.
- Mazzucato, M./Penna, C.C.R. (2016): Beyond market failures: the market creating and shaping roles of state investment banks. *Journal of Economic Policy Reform*, 19(4), 305-326.
- Meggison, W.L./Fotak, V. (2014): Rise of the Fiduciary State: A Survey of Sovereign Wealth Fund Research. *SSRN Electronic Journal*.

- Ministry of Finance (2021): Meld. St. 24 (2020–2021). *Government.no*. Online: <https://www.regjeringen.no/en/dokumenter/meld.-st.-24-20202021/id2843255/> [24.02.2025].
- Mises, L. (1920): Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 47.
- Omarova, S.T. (2020): The People's Ledger: How to Democratize Money and Finance the Economy. SSRN Electronic Journal.
- Omarova, S.T. (2022): The National Investment Authority: An Institutional Blueprint. SSRN Electronic Journal. Online: <https://papers.ssrn.com/abstract=4685133>.
- Pateman, C. (1970): Participation and Democratic Theory. Cambridge University Press.
- Pigou, A.C. (1920): The Economics Of Welfare. *Macmillan and Co., London*. Online: <http://archive.org/details/dli.bengal.10689.4260>.
- Piketty, T. (2020): Capital and ideology. *Cambridge, Massachusetts: Belknap Press of Harvard University Press*.
- Polanyi, K. (1924): Die funktionelle Theorie der Gesellschaft und das Problem der sozialistischen Rechnungslegung (Eine Erwiderung an Prof. Mises und Dr. Felix Weil). *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 52.
- Polanyi, K./Jelinek, H. (2019): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Rief, S. (2023): Karl Polanyi's "socialist accounting" and "overview" in the age of data analytics. *New Political Economy*, 28(2), 284-298.
- Rodrik, D. (2004): Industrial Policy for the Twenty-First Century. SSRN Electronic Journal.
- Sandel, M.J. (2012): What money can't buy: The moral limits of markets. *New York: Farrar, Straus and Giroux*.
- Schär, F. (2021): Decentralized Finance: On Blockchain- and Smart Contract-Based Financial Markets. *Review*, 103(2).
- Sintomer, Y. et al. (2012): Transnational Models of Citizen Participation: The Case of Participatory Budgeting. *Journal of Deliberative Democracy*, 8(2).
- Standing, G. (2017): Basic Income: And How We Can Make It Happen. *Penguin UK*.
- Stavins, R. (2008): A Meaningful U.S. Cap-and-Trade System to Address Climate Change. *Harvard Environmental Law Review*, 32, 293-371.
- Stiglitz, J.E. (1989): Markets, Market Failures, and Development. Online: <https://doi.org/10.7916/D8BK1PD1>.
- Stiglitz, J.E. (2010): Freefall: America, free markets, and the sinking of the world economy. *New York: W.W. Norton & Co.* Online: <http://archive.org/details/freefallamericaf-000ostig>.
- Streeck, W. (2014): Buying time: the delayed crisis of democratic capitalism. *London; Brooklyn, NY: Verso*. Online: <http://archive.org/details/buyingtimedelaye000ostre>.
- Whyte, W.F./Whyte, K.K. (1991): Making Mondragón: The Growth and Dynamics of the Worker Cooperative Complex (Cornell International Industrial and Labor Relations Reports). *Cornell University Press*. Online: <https://www.jstor.org/stable/10.7591/j.ctt1287dbf>.